



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 1. Oktober 2021  
(OR. en)

12412/21

SOC 558  
EMPL 408  
SAN 575  
EDUC 321  
ECOFIN 930

## VERMERK

---

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch zum Thema Altern: Sind die Sozialschutzsysteme EU-weit für die Bevölkerungsalterung geeignet? – Orientierungsvermerk des Vorsitzes

---

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die während des Mittagessens stattfindende Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 15. Oktober 2021.

## **Aussprache während des Mittagessens auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)**

### **Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch zum Thema Altern: Sind die Sozialschutzsysteme EU-weit für die Bevölkerungsalterung geeignet?**

Die Bevölkerung Europas wird immer älter. Mit steigendem mittlerem Alter nehmen auch Anzahl und Anteil der Menschen in den älteren Altersgruppen zu. Gleichzeitig ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter rückläufig, eine Entwicklung, die weiterhin anhalten dürfte<sup>1</sup>. Der demografische Wandel hat erhebliche Auswirkungen auf den Alltag der Menschen, auf unsere Gesellschaften sowie auf unsere Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen. Wenn auf die Alterung der Bevölkerung nicht mit übergeordneten Reformen reagiert wird, wird sich der Druck auf die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme und die Fähigkeit, angemessene und hochwertige Dienstleistungen und Leistungen für alle zu erbringen, erhöhen.

Die EU-Führungsspitzen haben in ihrer Strategischen Agenda 2019-2024 darauf hingewiesen, dass die EU sich den demografischen Herausforderungen stellen muss, während die Präsidentin der Europäischen Kommission in ihren politischen Leitlinien den demografischen Wandel – neben der Digitalisierung und dem Übergang zu einer grünen Wirtschaft – als eine der drei größten Herausforderungen unserer Zeit bezeichnet hat.

Die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte stützt sich in erheblichem Maße auf die Kapazitäten der Mitgliedstaaten, den - in hohem Maße vorhersehbaren - demografischen Wandel zu verstehen und in die Politikgestaltung einzubeziehen.

Die Kommission hat im Juni 2020 ihren Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels vorgelegt, in dem sie die Haupttriebkraft dieses Wandels und dessen weitreichende Auswirkungen auf die soziale Marktwirtschaft und die geopolitische Stellung der EU in der Welt beschreibt.

---

<sup>1</sup> Den jüngsten Bevölkerungsprognosen von Eurostat zufolge wird der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 - 64 Jahre) in dem Zeitraum von 2020 bis 2070 zurückgehen, während sich der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung erhöhen wird. Gemäß den Prognosen werden bis 2070 die Personen, die 65 Jahre und älter sind, 30,3 % der Bevölkerung der EU-27 ausmachen, im Vergleich zu 20,3 % im Jahr 2019. Daher wird prognostiziert, dass das Verhältnis zwischen der Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter in der EU-27 und der Anzahl der 20- bis 64-Jährigen im Jahr 2070 bei 59,1 % liegen wird.

Die Kommission hat mit ihrem Grünbuch zum Thema Altern – „Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen“ eine breite Grundsatzdebatte über die Herausforderungen und Chancen der alternden Gesellschaft in Europa eingeleitet. In dem Grünbuch wird ein Lebenszyklusansatz zugrunde gelegt, der die universellen Auswirkungen der Alterung auf alle Generationen und alle Lebensphasen widerspiegelt. Dabei wird hervorgehoben, wie wichtig es ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen tragfähigen Lösungen für unsere Wohlfahrtsysteme und der Stärkung der Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen zu finden.

In der öffentlichen Konsultation zu dem Grünbuch zum Thema Altern wurde seitens der Interessenträger eine Modernisierung der Sozialschutzsysteme gefordert, um diese gerechter und finanziell tragfähiger zu gestalten, indem beispielsweise Sozialverträge zwischen den Generationen zur Förderung von Gleichstellung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, Inklusivität und sozialer Gerechtigkeit zwischen den Generationen unterstützt werden. Die Interessenträger unterstrichen, dass es wichtig sei, bestehende Rahmen wie die europäische Säule sozialer Rechte zu nutzen. Die Befragten hielten auch einen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten für nützlich<sup>2</sup>.

Im Rahmen der Konsultationen zu dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte haben die Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament und Interessenträger die EU darum ersucht, sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialschutzsysteme zu befassen<sup>3</sup>. Die Kommission fordert in dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte ein neues „soziales Regelwerk“, das die Solidarität zwischen den Generationen sicherstellt und Chancen für alle schafft und gleichzeitig einen angemessenen Sozialschutz für alle gewährleistet; ferner unterstreicht sie die Notwendigkeit, den „Sozialschutz für die neue Welt fit [zu] machen“.

Ferner heißt es in dem Aktionsplan: „Weitere Überlegungen zur Finanzierung des Sozialschutzes und insbesondere zu den Finanzierungsmodellen, die eine fortgesetzte Solidarität zwischen den und innerhalb der Generationen ermöglichen, sind erforderlich, um einen gleichberechtigten und nachhaltigen Zugang zum Sozialschutz in Bezug auf die abgedeckten Gruppen und Risiken zu gewährleisten, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Sozialbeiträge und die Steuern auf den Faktor Arbeit angesichts der schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgehen könnten.“ In Kürze wird eine hochrangige Gruppe eingesetzt, die Überlegungen zu der Frage anstellen wird, wie –insbesondere vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung und dem sich wandelnden Arbeitsmarkt – erreicht werden kann, dass die Sozialschutzsysteme und der Wohlfahrtsstaat für die Zukunft gerüstet sind.

---

<sup>2</sup> Dok. SWD(2021) 282 final. [https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/swd\\_2021\\_282\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/swd_2021_282_en.pdf)

<sup>3</sup> <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=23704&langId=en>

Eine auch generationenübergreifend faire Finanzierung der alterungsbedingten Ausgaben wird die Mitgliedstaaten vor eine große Herausforderung stellen<sup>4</sup>. Zwar haben viele Mitgliedstaaten bereits Maßnahmen zur Förderung eines längeren Erwerbslebens ergriffen, und viele Menschen bleiben bereits über das 65. Lebensjahr hinaus erwerbstätig, dennoch ist das Verhältnis zwischen Personen, die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, und Nichterwerbspersonen rückläufig. Da sich Veränderungen in der Wirtschaft und Arbeitswelt auf die Beitragsbasis auswirken, müssen die Mitgliedstaaten möglicherweise überdenken, wie ihre Sozialschutzsysteme finanziert werden, um die Angemessenheit der Systeme zu wahren. In dieser Hinsicht könnten ein allmählicher Übergang von einer Beitragsfinanzierung zu einer Finanzierung aus den allgemeinen Steuereinnahmen und eine Prüfung alternativer Finanzierungsquellen dazu beitragen, die mit der Alterung der Bevölkerung einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich in ihren Beiträgen vor allem mit folgenden Fragen zu befassen:

- 1) Findet in Ihrem Land derzeit eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit, die Sozialschutzsysteme im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung anzupassen, statt? Besteht in Ihrem Land eine mittel- oder langfristige Strategie für die Anpassung der Sozialschutzsysteme, bzw. wird eine solche Strategie geplant oder erwogen? Welches sind im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderung die größten Hindernisse, vor denen die Regierung Ihres Landes steht?
- 2) Wie könnte die EU die Anstrengungen ihres Landes, zu einem angemessenen und langfristig tragfähigen Sozialschutzsystem zu gelangen und die Solidarität, Verantwortung und Fairness zwischen den Generationen in einem alternden Europa zu stärken, unterstützen?
- 3) Würde Ihr Land von einem systematischeren Austausch von Ideen und Verfahren im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel auf EU-Ebene profitieren?

---

<sup>4</sup> Der Bericht von 2021 über Langzeitpflege und der Bericht von 2021 zur Angemessenheit der Renten- und Pensionshöhe, die gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Ausschuss für Sozialschutz vorgelegt wurden, bieten einen umfassenden Überblick über den Sozialschutz für ältere Menschen in unseren alternden Gesellschaften.